

# Die Klimapolitik friert ein

Jahrelang stand der politische Kampf gegen den Klimawandel im Zentrum europäischer Umwelt- und Energiepolitik. Angesichts der Energie- und Wirtschaftskrise ist das Thema von der Tagesordnung gestrichen. Neue Daten bestätigen, dass die globale Erwärmung nicht weitergeht. *Von Benny Peiser*

Europa ist in diesem Winter von einer bitteren Kältewelle erwischt worden. Während Millionen von Menschen der Kälte ausgesetzt waren, führte der Energiekrieg zwischen Russland und der Ukraine zu einem Lieferstopp russischen Erdgases. Zahlreiche Regierungen in Osteuropa riefen daraufhin den Energienotstand aus. Am härtesten waren die Balkanstaaten betroffen. Schulen und Fabriken mussten geschlossen werden, während frierende Menschen gezwungen waren, wie im Mittelalter Bäume zu fällen, um ihr Zuhause zu heizen.

Die Energiekrise demonstriert nicht nur die gefährliche Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen. Sie macht auch deutlich, dass Europas grüne Klima- und Energiepolitik insbesondere wegen der vielerorts seit Jahren verfolgten Blockade des Baus neuer Atom- und Kohlekraftwerke zu einem strategischen Fiasko zu werden droht. In diesem Winter sind aber nicht nur die Temperaturen dramatisch gesunken. Auch das politische und wirtschaftliche Klima hat sich merklich abgekühlt. Die Weltwirtschaftskrise verdrängt Umwelt- und Klimathemen aus den Schlagzeilen: Die Sicherung von Arbeitsplätzen hat Vorrang vor kostspieligen Klimaprojekten. Ein fundamentaler Wandel in der Klimapolitik findet statt.

## Neue Nüchternheit

Nun läuft in drei Jahren das Kioto-Klimaprotokoll aus. Was danach kommt, ist ungewiss. In den vergangenen Monaten sind die internationalen Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen in eine Sackgasse geraten. Allein der geringe Erfolg des Kioto-Protokolls hat zur politischen Desillusionierung und einer neuen Nüchternheit beigetragen: Die meisten Unterzeichner waren nämlich nicht in der Lage, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu stoppen, geschweige denn zu senken. Ausserdem sind Entwicklungsländer wie China und Indien drauf und dran, die westliche Welt im Hinblick auf ihre Kohlendioxid-Emissionen einzuholen, wenn nicht bald zu überholen.

Die Bemühungen um eine neue globale Vereinbarung gipfeln im kommenden Dezember in der Uno-Klimakonferenz von Kopenhagen. Nach Ansicht des britischen Regierungsberaters Lord Nicholas Stern handelt es sich dabei um «das wichtigste Treffen zur Gestaltung der Zukunft unseres Planeten seit dem Zweiten Weltkrieg». Nicht wenige Beobachter fürchten, solche Behauptungen könnten sich negativ auswirken.



*Klimakanzlerin:* Angela Merkel mit Dänemarks Premierminister Rasmussen in Grönland.

Der Grundstein zur möglichen Vereinbarung von Kopenhagen wurde im letzten Sommer gelegt, als die G-8-Staaten eine fünfzigprozentige Verringerung der globalen Emissionen bis zum Jahr 2050 anvisierten – unter der Bedingung, dass sich alle wichtigen Emittenten gleichermassen zu diesem Ziel verpflichten. Doch eine verbindliche Vereinbarung erscheint unwahrscheinlich: Bedeutende Entwicklungsländer, allen voran China und Indien, sprechen sich gegen eine konkrete Reduzierung ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen aus und verlangen deshalb, um dem wachsenden Druck des Westens etwas entgegenzusetzen, westliche Hilfgelder in Höhe von 100 bis 200 Milliarden Dollar im Jahr. Die Situation ist verfahren: Denn ohne Einlenken Chinas und Indiens sind weder die USA noch die EU bereit, Verpflichtungen einzugehen. Dass die Uno-Klimaverhandlungen vor dem Scheitern stehen, mag niemand offen eingestehen. Kommt in Kopen-

hagen keine Einigung zustande, wird eben für das nächste Jahr ein neues Treffen anberaumt. So lässt sich das Thema im internationalen Rahmen auf die lange Bank schieben.

Entscheidend ist, dass innerhalb der EU ein radikales Umdenken in Sachen Klima- und Energiepolitik stattfindet. Gaskrieg und Weltwirtschaftskrise haben eine Entwicklung verschärft, die sich bereits seit Monaten abzeichnete. Im vergangenen März hatten sich die EU-Chefs in Brüssel darauf geeinigt, die europäischen Emissionen von Treibhausgasen bis 2020 um zwanzig Prozent (gegenüber 1990) zu senken. Osteuropäische Länder unter der Führung von Polen protestierten. Sie wollten sich nicht dazu drängen lassen, ihre Energieversorgung auf russisches Gas umzustellen. Heute versteht man warum.

Der Widerstand gegen die alten Klimaziele reicht aber noch weiter. Die deutsche Regierung, die seit fast zwei Jahrzehnten die grüne

Agenda der EU dominiert hat, ist besorgt, dass die Klimapolitik katastrophale Folgen für Deutschlands energieintensive Industrien haben könnte. Der Konflikt um das europäische Klimapakete konnte deshalb beim letzten EU-Gipfel auch nur durch eine weitgehende Untergrabung der ursprünglichen Klimaziele entschärft werden.

Sah das ursprüngliche Klimapakete eine zwanzigprozentige Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 vor, könnte die tatsächliche Reduzierung lediglich vier Prozent betragen – wenn alle rechtlichen Ausnahmen des Pakets ausgeschöpft werden. Doch ob selbst dieses Minimalziel erreicht wird, erscheint angesichts des wachsenden Bedarfs an neuen Kohlekraftwerken fraglich.

---

## Dass die Uno-Klimaverhandlungen vor dem Scheitern stehen, mag niemand offen eingestehen.

---

Von besonderer Bedeutung ist die von Italien initiierte Revisionsklausel: Sie garantiert, dass die Klimaziele der EU zukünftig an die Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen gekoppelt sind. Wenn es also der Kopenhagener Klimakonferenz nicht gelingen sollte, sich auf ein Kioto-Nachfolgeabkommen zu einigen, werden wohl auch die EU-Klimaziele verringert. Durch die direkte Verknüpfung europäischer Entscheidungen mit denen der internationalen Gemeinschaft hat sich Europa zu einem realpolitischen Spieler auf dem Parkett der internationalen Klima-Diplomatie gemauert.

### Ende der Klimakanzlerin

Das ursprüngliche Ziel der EU war es schliesslich einmal, dem Rest der Welt zu beweisen, dass man in Europa an seiner eigenen Klimapolitik festhält – unabhängig davon, was der Rest der Welt macht. Diesen Standpunkt hat die EU jetzt offensichtlich aufgegeben: Europas neue Klimastrategie zielt auf die verbindliche Verpflichtung von Staaten wie den USA oder China. Zu einseitigen Zugeständnissen ist Europa nicht mehr bereit. Der EU-Klimagipfel 2008 markiert den Beginn einer klimapolitischen Abkühlungsphase in Europa; dort, wo man bis vor kurzem durch eine ebenso überhitzte wie übereilte Politik den Kopf zu verlieren drohte.

Nirgends hat sich die Einstellung so merklich verändert wie in Deutschland. Seit den achtziger Jahren galt Deutschland als Speerspitze grüner Politik. Noch vor knapp zwei Jahren wurde Angela Merkel als Gastgeberin des G-8-Gipfels in Heiligendamm als globale Klimakanzlerin gefeiert. Diese Aura hat sie verloren. Im Zuge einer konzertierten Aktion der deutschen Industrie wie der wachsenden Opposition innerhalb ihrer eigenen Partei sah

sich Merkel gezwungen, der Ökonomie die Priorität einzuräumen. Über die Lage der Wirtschaft und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze sorgen sich Wähler derzeit bedeutend mehr als ums Klima. Anfang Dezember demonstrierten mehr als 10 000 wütende Metallarbeiter und Gewerkschafter – die meisten von ihnen aus Deutschland – vor dem Europäischen Parlament in Brüssel gegen die EU-Klimapolitik.

Internationale Beobachter sind schockiert über die Leichtigkeit, mit der Angela Merkel Deutschlands gelobte Klimapolitik schlagartig über den Haufen warf. Allerdings war die deutsche Kanzlerin fast das letzte CDU-Mitglied, das bereit war zu akzeptieren, dass eine grundlegende Strategieänderung notwendig war angesichts der immensen Kosten des ursprünglichen EU-Pakets. Die CDU-Bundestagsfraktion drohte gar mit einem deutschen Veto, falls nicht die eigene Industrie von der Versteigerung der Emissionskredite ausgenommen würde. Kein Wunder also, dass der EU-Gipfel diese Freistellung zugestand.

Auch die deutschen Sozialdemokraten, die einst laute Klimahysteriker waren, haben an Gewicht verloren – besonders weil sich die SPD immer mehr als grüne Partei gerierte und den Umweltschutz über Wirtschaftsfragen stellte. Jetzt, wo die Angst vor der Rezession grassiert, hält sich die SPD mit Kritik am klimapolitischen Wandel zurück. So fiel es Angela Merkel leicht, sich ohne Gesichtsverlust von ihrer Rolle als Klimakanzlerin zu verabschieden – vermutlich für immer. War gestern die Rettung des Planeten angesagt, steht heute die Rettung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen auf dem Programm.

Die Verschiebung der politischen Prioritäten hat nicht zuletzt mit der Tatsache zu tun, dass die Erderwärmung in den vergangenen zehn Jahren nicht wie vorhergesagt eingetroffen ist. Der Erwärmungstrend der letzten dreissig Jahre ist zum Stillstand gekommen. Die Daten der internationalen meteorologischen Agenturen bestätigen dies. Nach Berechnungen deutscher Forscher, die im letzten Jahr in der Zeitschrift *Nature* veröffentlicht wurden, könnte diese Pause zehn Jahre anhalten. Noch ist ungewiss, ob die Prognose eintritt; täte sie es, wäre das auf absehbare Zeit das Ende radikaler Klimapolitik.

### Katastrophen treffen nicht ein

Überdies erwies sich eine Reihe von Katastrophenvorhersagen als, wie es scheint, falscher Alarm. So wurde in den letzten zwei Jahren ein bemerkenswerter Abschwung der Hurrikanaktivitäten beobachtet. Das steht im deutlichen Widerspruch zu den Vorhersagen, die einen markanten Anstieg tropischer Stürme prophezeiten. In Wirklichkeit sahen die letzten beiden Jahre die geringste Aktivität tropischer Stürme in der nördlichen Hemisphäre seit dreissig Jahren. Ähnliches gilt für den pro-

gnostizierten Anstieg des Meeresspiegels: Eine im Januar in der Zeitschrift *Global and Planetary Change* veröffentlichte Studie kommt zu dem Schluss, dass der Anstieg in den Jahren 2003–2008 auf einen durchschnittlichen Wert von 2,5 Millimeter im Jahr gefallen ist und damit zwanzig Prozent niedriger liegt als der vom Weltklimarat für die Jahre 1993–2003 berechnete Wert.

Die Strategie, durch immer dramatischere Katastrophenwarnungen Einfluss auf die Klimapolitik zu nehmen, hat mittlerweile zu einem wachsenden Skeptizismus unter Wissenschaftlern genauso wie in der Bevölkerung geführt.

Die Gestalt einer künftigen Klimapolitik wird davon abhängen, wie lange die gegen-

---

## Der Erwärmungstrend der letzten dreissig Jahre ist zum Stillstand gekommen.

---

wärtige Pause der globalen Erderwärmung andauert. Selbst wenn es zu einer Rückkehr zum moderaten Erwärmungstrend des 20. Jahrhunderts kommen sollte, dürfte die Debatte in Zukunft vermutlich nüchterner geführt werden. Mehr denn je aber wird die Zukunft der Klimapolitik von weltwirtschaftlichen und geopolitischen Verschiebungen abhängen. Sollte die Rezession nur von kurzer Dauer sein, wird die Klimadebatte wieder aufflammen. Sollte sie sich weiter verschärfen, verliert das Thema Klimawandel weiter an Bedeutung.

Auch die Wahl von Barack Obama zum neuen US-Präsidenten ändert daran nichts. Obgleich ein «grüner» Präsident Obama sicherlich der Klima- und Energiepolitik in den USA neue Impulse geben wird, darf es als sicher gelten, dass weder US-Senat noch Kongress gewillt sind, die stark angeschlagene Wirtschaft der USA in den kommenden Jahren durch teure Klimagesetze zusätzlich zu unterminieren. Nicht umsonst haben Obamas Berater erklärt, dass alle ins Auge gefassten Klimagesetze so lange zu verschieben sind, bis die neue Administration einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gefunden hat. Mit anderen Worten: *Let's wait and see*.

Die europäischen Regierungen wären also gut beraten, sich von einer dogmatisch grünen Philosophie zu verabschieden. Das 21. Jahrhundert bedarf einer pragmatischen Klima- und Energiepolitik, die zur Sicherung von Industrie- und Arbeitsplätzen ebenso beiträgt wie zum Schutz der Umwelt. Weniger Radikalität wäre da bereits ein grosser Fortschritt.

**Benny Peiser** ist Sozialanthropologe an der Liverpool John Moores University. Er ist Herausgeber des internationalen Wissenschaftsnetzwerkes CCNet und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Energy and Environment*.